

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1978

Ausgegeben am 12. Oktober 1978

170. Stück

- 504.** Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Singapur über den Fluglinienverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus samt Anhang
- 505.** Notenwechsel über die Errichtung vorgeschobener österreichischer Grenzdienststellen am Grenzübergang Simbach-Innbrücke
- 506.** Erklärung gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Übereinkommens (Nr. 102) über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit
(NR: GP XIV RV 866 AB 951 S. 99. BR: AB 1876 S. 378.)
- 507.** Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 102) über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit

504.

ABKOMMEN ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK SINGAPUR ÜBER DEN FLUGLINIENVERKEHR ZWISCHEN IHREN HOHEITSGEBIETEN UND DARÜBER HINAUS

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Singapur als Vertragsparteien des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt und

Von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zum Zwecke der Errichtung von Fluglinien zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu schließen,

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

1. Für die Anwendung dieses Abkommens, sofern nicht der Zusammenhang etwas anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „die Konvention“ das am 7. Dezember 1944 in Chicago zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt und schließt alle gemäß Artikel 90 dieser Konvention angenommenen Anhänge sowie Änderungen der Anhänge oder der Konvention gemäß deren Artikel 90 und 94 ein;
- b) bedeutet der Ausdruck „Luftfahrtbehörden“ im Falle der Österreichischen Bundesregierung das Bundesministerium für Verkehr und/oder jede andere Behörde, die zur Ausübung der gegenwärtig von der genannten Behörde ausgeübten Funktionen gesetzlich ermächtigt ist; und im Falle der

AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF SINGAPORE FOR AIR SERVICES BETWEEN AND BEYOND THEIR RESPECTIVE TERRITORIES

The Austrian Federal Government and the Government of the Republic of Singapore being parties to the Convention on International Civil Aviation, and

Desiring to conclude an agreement for the purpose of establishing air services between and beyond their respective territories,

Have agreed as follows:

Article 1

1. For the purpose of the present Agreement, unless the context otherwise requires:

- (a) the term “the Convention” means the Convention on International Civil Aviation opened for signature at Chicago on the seventh day of December, 1944, and includes any Annex adopted under Article 90 of that Convention and any amendment of the Annexes or Convention under Articles 90 and 94 thereof;
- (b) the term “aeronautical authorities” means, in the case of the Austrian Federal Government, the Federal Ministry of Communications and/or any other authority legally empowered to perform the functions exercised now by the said authority; and in the case of the Republic of Singapore,

Republik Singapur den Minister für Verkehr und jede Person oder Stelle, die zur Ausübung der gegenwärtig von dem genannten Minister ausgeübten Funktionen gesetzlich ermächtigt ist;

- c) bedeutet der Ausdruck „namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen“ ein Fluglinienunternehmen, welches ein Vertragschließender Teil durch schriftliche Mitteilung an den anderen Vertragschließenden Teil gemäß Artikel 3 des vorliegenden Abkommens für den Betrieb von Fluglinien auf den in dieser Mitteilung festgelegten Flugstrecken namhaft gemacht hat;
- d) bedeutet der Ausdruck „Hoheitsgebiet“ in bezug auf einen Staat die Landgebiete und die daran angrenzenden Hoheitsgewässer unter der Souveränität, Suzeränität, dem Schutz oder der Treuhandschaft dieses Staates;
- e) haben die Ausdrücke „Fluglinie“, „Internationale Fluglinie“, „Fluglinienunternehmen“ und „nicht gewerbliche Landung“ die in Artikel 96 der Konvention festgelegte Bedeutung;
- f) bedeuten die Ausdrücke „vereinbarte Fluglinien“ und „festgelegte Flugstrecken“ die im Flugstreckenplan des vorliegenden Abkommens festgelegten internationalen Fluglinien und Flugstrecken; und
- g) bedeutet der Ausdruck „Anhang“ die Flugstreckenpläne in der dem vorliegenden Abkommen angeschlossenen Form oder in einer Abänderung gemäß den Bestimmungen von Artikel 14 des vorliegenden Abkommens.

2. Der Anhang stellt einen integrierenden Bestandteil des vorliegenden Abkommens dar und jede Bezugnahme auf das Abkommen gilt auch für den Anhang, wenn kein gegenteiliger Hinweis erfolgt.

Artikel 2

1. Jeder Vertragschließende Teil gewährt dem anderen Vertragschließenden Teil die im vorliegenden Abkommen angeführten Rechte zum Zwecke der Errichtung von Fluglinien auf den im entsprechenden Flugstreckenplan des Anhangs zum vorliegenden Abkommen festgelegten Flugstrecken.

2. Vorbehaltlich der Bestimmungen des vorliegenden Abkommens genießt das von jedem Vertragschließenden Teil namhaft gemachte Fluglinienunternehmen beim Betrieb einer vereinbarten Fluglinie auf einer festgelegten Flugstrecke die folgenden Rechte:

- a) das Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles ohne Landung zu überfliegen;

the Minister of Communications and any person or body authorised to perform any functions at present exercised by the said Minister or similar functions;

- (c) the term “designated airline” means an airline which one Contracting Party shall have designated, by written notification to the other Contracting Party, in accordance with Article 3 of the present Agreement, for the operation of air services on the routes specified in such notification;
- (d) the term “territory” in relation to a State means the land areas and territorial waters adjacent thereto under the sovereignty, suzerainty, protection or trusteeship of that State;
- (e) the terms “air service”, “international air service”, “airline” and “stop for non-traffic purposes” have the meanings respectively assigned to them in Article 96 of the Convention;
- (f) the terms “agreed services” and “specified routes” mean the international air services and the routes specified in the Schedule to the present Agreement; and
- (g) the term “Annex” means the Route Schedules to the present Agreement or as amended in accordance with the provisions of Article 14 of the present Agreement.

2. The Annex forms an integral part of the present Agreement and all reference to the Agreement shall include reference to the Annex except where otherwise provided.

Article 2

1. Each Contracting Party grants to the other Contracting Party the rights specified in the present Agreement for the purpose of establishing air services on the routes specified in the appropriate Schedule of the Annex hereto.

2. Subject to the provisions of the present Agreement, the airline designated by each Contracting Party shall enjoy, while operating an agreed service on a specified route, the following privileges:

- (a) to fly without landing across the territory of the other Contracting Party;

- b) im genannten Hoheitsgebiet Landungen zu nicht gewerblichen Zwecken durchzuführen; und
- c) im genannten Hoheitsgebiet an den für diese Flugstrecke im entsprechenden Flugstreckenplan des Anhangs zum vorliegenden Abkommen festgelegten Punkten zu landen, um im Rahmen des internationalen Verkehrs Fluggäste, Fracht und Post abzusetzen und aufzunehmen.

3. Keine Bestimmung des Absatzes 2 dieses Artikels ist so auszulegen, daß sie dem Fluglinienunternehmen eines Vertragschließenden Teiles das Recht gibt, im Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles Fluggäste, Fracht oder Post, deren Bestimmungsort im Hoheitsgebiet dieses anderen Vertragschließenden Teiles liegt, zur entgeltlichen Beförderung aufzunehmen.

Artikel 3

1. Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, dem anderen Vertragschließenden Teil ein Fluglinienunternehmen für den Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken schriftlich namhaft zu machen.

2. Nach Erhalt dieser Namhaftmachung hat der andere Vertragschließende Teil vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 dieses Artikels dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen unverzüglich die entsprechenden Betriebsbewilligungen zu erteilen.

3. Die Luftfahrtbehörden eines Vertragschließenden Teiles können von einem durch den anderen Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, die Bedingungen jener Gesetze und Vorschriften zu erfüllen, die normaler- und billigerweise gemäß den Bestimmungen der Konvention auf den Betrieb internationaler gewerblicher Fluglinien angewendet werden.

4. Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, die Annahme der Namhaftmachung eines Fluglinienunternehmens zu verweigern und die Gewährung der in Absatz 2 von Artikel 2 des vorliegenden Abkommens angeführten Rechte an ein Fluglinienunternehmen vorzuenthalten oder zu widerrufen, oder einem Fluglinienunternehmen für die Ausübung dieser Rechte die ihm notwendig erscheinenden Bedingungen aufzuerlegen, wenn ihm nicht nachgewiesen wird, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums und die tatsächliche Kontrolle dieses Fluglinienunternehmens bei dem Vertragschließenden Teil, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, oder bei den Staatsangehörigen des Vertragschließenden Teiles, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, liegen.

- (b) to make stops in the said territory for non-traffic purposes; and

- (c) to make stops in the said territory at the points specified for that route in the appropriate Schedule of the Annex to the present Agreement for the purpose of putting down and taking on international traffic in passengers, cargo and mail.

3. Nothing in paragraph 2 of this article shall be deemed to confer on the airline of one Contracting Party the privilege of taking up, in the territory of the other Contracting Party, passenger, cargo or mail carried for remuneration or hire and destined for another point in the territory of that other Contracting Party.

Article 3

1. Each Contracting Party shall have the right to designate in writing to the other Contracting Party one airline for the purpose of operating the agreed services on the specified routes.

2. On receipt of the designation, the other Contracting Party shall, subject to the provisions of paragraphs 3 and 4 of this Article, without delay grant to the airline designated the appropriate operating authorisation.

3. The aeronautical authorities of one Contracting Party may require an airline designated by the other Contracting Party to satisfy them that it is qualified to fulfil the conditions prescribed under the law and regulations normally and reasonably applied by them in conformity with the provisions of the Convention to the operation of international commercial air services.

4. Each Contracting Party shall have the right to refuse to accept the designation of an airline and to withhold or revoke the grant to an airline of the privileges specified in paragraph 2 of Article 2 of the present Agreement or to impose such conditions as it may deem necessary on the exercise by an airline of those privileges in any case where it is not satisfied that substantial ownership and effective control of that airline are vested in the Contracting Party designating the airline or in nationals of the Contracting Party designating the airline.

5. Das so namhaft gemachte und zugelassene Fluglinienunternehmen kann jederzeit nach Erfüllung der Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels den Betrieb der vereinbarten Fluglinien aufnehmen, vorausgesetzt, daß eine Fluglinie nicht betrieben wird, wenn kein gemäß den Bestimmungen des Artikels 9 des vorliegenden Abkommens erstellter Tarif in bezug auf diese Fluglinie in Kraft ist.

6. Jeder Vertragschließende Teil hat das Recht, die Ausübung der in Absatz 2 des Artikels 2 des vorliegenden Abkommens angeführten Rechte durch ein Fluglinienunternehmen zu untersagen oder einem Fluglinienunternehmen für die Ausübung dieser Rechte die ihm notwendig erscheinenden Bedingungen aufzuerlegen, wenn es das Fluglinienunternehmen verabsäumt, die Gesetze und Vorschriften des Vertragschließenden Teiles, der diese Rechte gewährt hat, zu befolgen oder wenn es das Fluglinienunternehmen auf andere Weise verabsäumt, gemäß den Bedingungen des vorliegenden Abkommens zu handeln; vorausgesetzt, daß dieses Recht erst nach Beratung mit dem anderen Vertragschließenden Teil ausgeübt wird, sofern nicht unverzüglich die Untersagung oder die Auferlegung von Bedingungen erforderlich ist, um weitere Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften zu verhindern.

Artikel 4

1. Die von dem von jedem Vertragschließenden Teil namhaft gemachten Fluglinienunternehmen auf internationalen Fluglinien eingesetzten Luftfahrzeuge sowie deren übliche Ausrüstung, Ersatzteile, Kraft- und Schmierstoffvorräte und Bordvorräte (einschließlich Nahrungsmittel, Getränke und Tabak) sind bei der Ankunft im Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles von allen Zöllen, Untersuchungsgebühren und anderen Abgaben oder Steuern befreit, vorausgesetzt, daß diese Ausrüstung und Vorräte bis zur Wiederausfuhr an Bord des Luftfahrzeuges verbleiben.

2. Kraftstoffvorräte, Schmierstoffe, Ersatzteile, die übliche Ausrüstung der Luftfahrzeuge und die Bordvorräte, die in das Hoheitsgebiet des einen Vertragschließenden Teiles von einem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles oder im Namen desselben eingeführt oder an Bord des von diesem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen betriebenen Luftfahrzeuges gebracht werden und nur für die Verwendung beim Betrieb internationaler Fluglinien bestimmt sind, sind von allen Steuern und Abgaben, einschließlich Zölle und Untersuchungsgebühren, die im Hoheitsgebiet des ersten Vertragschließenden Teiles eingehoben werden, befreit, selbst wenn diese Vorräte auf

5. At any time after the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article have been complied with, an airline so designated and authorised may begin to operate the agreed services provided that a service shall not be operated unless a tariff established in accordance with the provisions of Article 9 of the present Agreement is in force in respect of that service.

6. Each Contracting Party shall have the right to suspend the exercise by an airline of the privileges specified in paragraph 2 of Article 2 of the present Agreement or to impose such conditions as it may deem necessary on the exercise by an airline of those privileges in any case where the airline fails to comply with the laws or regulations of the Contracting Party granting those privileges or otherwise fails to operate in accordance with the conditions prescribed in the present Agreement; provided that, unless immediate suspension or imposition of conditions is essential to prevent further infringements of laws or regulations, this right shall be exercised only after consultation with the other Contracting Party.

Article 4

1. Aircraft operating on international services by the designated airline of either Contracting Party, as well as their regular equipment, spare parts, supplies of fuels and lubricants and aircraft stores (including food, beverages and tobacco) on board such aircraft shall be exempt from all customs duties, inspection fees and other duties or taxes on arriving in the territory of the other Contracting Party, provided such equipment and supplies remain on board the aircraft up to such time as they are re-exported.

2. Supplies of fuels, lubricants, spare parts, regular equipment and aircraft stores introduced into the territory of one Contracting Party by or on behalf of a designated airline of the other Contracting Party or taken on board the aircraft operated by such designated airline and intended solely for use in the operation of international services shall be exempt from all national duties and charges, including customs duties and inspection fees imposed in the territory of the first Contracting Party, even when these supplies are to be used on the parts of the journey performed over the territory of the Contracting Party in which they are taken on board. The materials referred to above may

dem Flug über dem Hoheitsgebiet jenes Vertragsschließenden Teiles, in dem sie an Bord genommen wurden, verwendet werden sollen. Es kann verlangt werden, daß die oben genannten Güter unter Zollaufsicht oder -kontrolle verbleiben.

3. Die übliche Bordausrüstung, Ersatzteile, Bordvorräte und Kraft- und Schmierstoffvorräte, die an Bord des Luftfahrzeuges eines Vertragsschließenden Teiles verbleiben, dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles nur mit Zustimmung der Zollbehörden dieses Teiles ausgeladen werden; auf Verlangen dieser Zollbehörden können diese Güter bis zur Wiederausfuhr oder anderweitigen Verfügung gemäß den Zollvorschriften unter die Aufsicht der genannten Behörden gestellt werden.

4. Kraft- und Schmierstoffe, Ersatzteile, die übliche Bordausrüstung und die Bordvorräte, die von einem Luftfahrzeug des einen Vertragsschließenden Teiles im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles an Bord genommen werden und nur für den Flug zwischen zwei Punkten im Hoheitsgebiet des letzteren Vertragsschließenden Teiles dienen, dürfen in bezug auf Zölle, Untersuchungsgebühren und andere, ähnliche nationale oder lokale Steuern und Abgaben eine nicht weniger günstige Behandlung erfahren als nationale Fluglinienunternehmen oder als das meistbegünstigte Fluglinienunternehmen, von dem solche Flüge betrieben werden.

Artikel 5

Fluggäste, Gepäck und Fracht, die sich im direkten Transitverkehr durch das Hoheitsgebiet eines Vertragsschließenden Teiles befinden und das für diesen Zweck vorgesehene Gebiet des Flughafens nicht verlassen, dürfen nur einer sehr vereinfachten Kontrolle unterzogen werden. Gepäck und Fracht im direkten Transitverkehr ist von Zöllen und ähnlichen Abgaben befreit.

Artikel 6

1. Die Gesetze und Vorschriften eines Vertragsschließenden Teiles betreffend den Ein- und Ausflug von Luftfahrzeugen im internationalen Luftverkehr in sein beziehungsweise aus seinem Hoheitsgebiet, oder betreffend Flüge solcher Luftfahrzeuge über diesem Hoheitsgebiet gelten für das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen des anderen Vertragsschließenden Teiles.

2. Die Gesetze und Vorschriften eines Vertragsschließenden Teiles betreffend den Einflug in sein Hoheitsgebiet sowie den Aufenthalt in und den Ausflug aus demselben von Fluggästen, Besatzungen, Fracht oder Post, wie Einreise- und Ausreise- sowie Auswanderungs- und Einwanderungsformalitäten, und Zoll- und Gesundheitsvorschriften, gelten für in Luftfahrzeugen des

be required to be kept under customs supervision or control.

3. The regular airborne equipment, spare parts, aircraft stores and supplies of fuels and lubricants retained on board the aircraft of either Contracting Party may be unloaded in the territory of the other Contracting Party only with the approval of the customs authorities of that Party, who may require that these materials be placed under their supervision up to such time as they are re-exported or otherwise disposed of in accordance with customs regulations.

4. Fuel, lubricants, spare parts, regular aircraft equipment and aircraft stores taken on board aircraft of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party and used solely on flights between two points in the territory of the latter Contracting Party shall be accorded with respect to customs duties, inspection fees and other similar national or local duties and charges treatment not less favourable than that granted to national airlines or to the most favoured airline operating such flights.

Article 5

Passengers, baggage and cargo in direct transit across the territory of one Contracting Party and not leaving the area of the airport reserved for such purpose shall only be subject to a very simplified control. Baggage and cargo in direct transit shall be exempt from customs duties and other similar taxes.

Article 6

1. The laws and regulations of one Contracting Party governing entry into and departure from its territory of aircraft engaged in international air navigation or flights of such aircraft over that territory shall apply to the designated airline of the other Contracting Party.

2. The laws and regulations of one Contracting Party governing entry into, sojourn in, and departure from its territory of passengers, crew, cargo or mail, such as formalities regarding entry, exit, emigration and immigration, as well as customs and sanitary measures shall apply to passengers, crew, cargo or mail carried by the aircraft of the designated airline of the other

namhaft gemachten Fluglinienunternehmens des anderen Vertragschließenden Teiles beförderte Fluggäste, Besatzungen, Fracht oder Post, solange sie sich innerhalb des genannten Hoheitsgebietes befinden.

3. Jeder Vertragschließende Teil verpflichtet sich, bei der Anwendung der im vorliegenden Artikel vorgesehenen Gesetze und Vorschriften sein eigenes Fluglinienunternehmen gegenüber dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles in keiner Weise zu bevorzugen.

4. Die Gebühren für die Benützung von Flughäfen und anderen Einrichtungen eines Vertragschließenden Teiles, die vom namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles bezahlt werden, dürfen nicht höher sein als jene Gebühren, die von nationalen Luftfahrzeugen, welche auf internationalen Fluglinien eingesetzt werden, bezahlt werden.

Artikel 7

1. Lufttüchtigkeitszeugnisse, Befähigungszeugnisse und Ausweise, die von einem Vertragschließenden Teil ausgestellt oder als gültig erklärt wurden, werden während ihrer Gültigkeitsdauer von dem anderen Vertragschließenden Teil als gültig anerkannt.

2. Jeder Vertragschließende Teil behält sich jedoch das Recht vor, für den Flug über seinem eigenen Hoheitsgebiet die Anerkennung von Befähigungszeugnissen und Ausweisen, die seinen eigenen Staatsangehörigen vom anderen Vertragschließenden Teil oder von einem anderen Staat ausgestellt oder als gültig erklärt wurden, zu verweigern.

Artikel 8

1. Die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der beiden Vertragschließenden Teile haben in gerechter und gleicher Weise Gelegenheit zum Betrieb der vereinbarten Fluglinien auf den festgelegten Flugstrecken zwischen ihren Hoheitsgebieten.

2. Beim Betrieb der vereinbarten Fluglinien hat das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen eines jeden Vertragschließenden Teiles die Interessen des namhaft gemachten Fluglinienunternehmens des anderen Vertragschließenden Teiles zu berücksichtigen, um die Fluglinien, die das letztere auf denselben Flugstrecken oder einem Teil hiervon bereitstellt, nicht ungebührlich zu beeinträchtigen.

3. Die vereinbarten Fluglinien, die von den namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der Vertragschließenden Teile bereitgestellt werden, haben in engem Verhältnis zur Verkehrsnachfrage der Öffentlichkeit auf den festgelegten Flugstrecken zu stehen, und ihr Hauptzweck ist

Contracting Party while they are within the said territory.

3. Each Contracting Party undertakes not to grant any preferences to its own airline with regard to the designated airline of the other Contracting Party in the application of the laws and regulations provided for by the present Article.

4. When utilising the airports and other facilities offered by one Contracting Party, the designated airline of the other Contracting Party shall not have to pay fees higher than those which have to be paid by national aircraft operating on scheduled international services.

Article 7

1. Certificates of airworthiness, certificates of competency and licences issued or rendered valid by one of the Contracting Parties shall, during the period of their validity be recognised as valid by the other Contracting Party.

2. Each Contracting Party reserves its rights, however, not to recognise as valid, for the purpose of flights in its own territory, certificates of competency and licences granted to its own nationals or rendered valid for them by the other Contracting Party or by any other State.

Article 8

1. There shall be fair and equal opportunity for the designated airlines of both Contracting Parties to operate the agreed services on the specified routes between their respective territories.

2. In operating the agreed services, the designated airline of each Contracting Party shall take into account the interests of the designated airline of the other Contracting Party so as not to affect unduly the services which the latter provides on the whole or part of the same routes.

3. The agreed services provided by the designated airlines of the Contracting Parties shall bear close relationship to the requirements of the public for transportation on the specified routes and shall have as their primary objective the provision, at a reasonable load factor, of

die Bereitstellung eines Beförderungsangebotes, das bei angemessener Ausnützung ausreicht, die laufende und normalerweise voraussehbare Nachfrage nach Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post von und nach dem Hoheitsgebiet des Vertragsschließenden Teiles, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, zu decken. Vorsorge für die Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post, die an Punkten auf den festgelegten Flugstrecken in den Hoheitsgebieten anderer Staaten als des das Fluglinienunternehmen namhaft machenden Staates aufgenommen und abgesetzt werden, ist nach dem allgemeinen Grundsatz zu treffen, daß sich das Beförderungsangebot zu richten hat nach:

- a) der Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet des Vertragsschließenden Teiles, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat;
- b) der Verkehrsnachfrage des Gebietes, welches das Fluglinienunternehmen durchfliegt, unter Berücksichtigung anderer Verkehrslinien, die von Flugunternehmen der in dem Gebiet gelegenen Staaten errichtet wurden; und
- c) den Erfordernissen des Flugliniendurchgangsverkehrs.

Artikel 9

1. Die auf den vereinbarten Fluglinien anzuwendenden Tarife sind unter gebührender Berücksichtigung aller erheblicher Faktoren, einschließlich der Betriebskosten, eines angemessenen Gewinnes, sowie der gebotenen Leistungen (wie Geschwindigkeit und Bequemlichkeit) und der von anderen Fluglinienunternehmen für jeden Teil der festgelegten Flugstrecke angewendeten Tarife, in angemessener Höhe festzusetzen. Diese Tarife werden gemäß den folgenden Bestimmungen dieses Artikels erstellt.

2. Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Tarife sowie die in diesem Zusammenhang angewendeten Agenturprovisionssätze sind, wenn möglich, für jede der festgelegten Flugstrecken von den beteiligten namhaft gemachten Fluglinienunternehmen nach Beratung mit anderen Fluglinienunternehmen, welche dieselbe Strecke zur Gänze oder zum Teil befiegen, zu vereinbaren; die Vereinbarung ist, wenn möglich, durch das Tariffestsetzungsverfahren des Internationalen Luftverkehrsverbandes zu treffen. Die auf diese Weise vereinbarten Tarife bedürfen der Genehmigung durch die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsschließenden Teile.

3. Können sich die namhaft gemachten Fluglinienunternehmen nicht auf einen dieser Tarife einigen, oder kann aus einem anderen Grunde ein Tarif gemäß den Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels nicht vereinbart werden, haben

capacity adequate to carry the current and reasonably anticipated requirements for the carriage of passengers, cargo and mail originating from or destined for the territory of the Contracting Party which has designated the airline. Provision for the carriage of passengers, cargo and mail both taken up and put down at points on the specified routes in the territories of States other than that designating the airline shall be made in accordance with the general principles that capacity shall be related to:

- (a) traffic requirements to and from the territory of the Contracting Party which has designated the airline;
- (b) traffic requirements of the area through which the airline passes, after taking account of other transport services established by airlines of the States comprising the area; and
- (c) the requirements of through airline operation.

Article 9

1. The tariffs on any agreed service shall be established at reasonable levels, due regard being paid to all relevant factors including cost of operation, reasonable profit, characteristics of services (such as standards of speed and accommodation) and the tariffs of other airlines for any part of the specified route. These tariffs shall be fixed in accordance with the following provisions of this Article.

2. The tariffs referred to in paragraph 1 of this Article, together with the rates of agency commission used in conjunction with them shall, if possible, be agreed in respect of each of the specified routes between the designated airlines concerned in consultation with other airlines operating over the whole or part of that route, and such agreement shall, where possible, be reached through the rate-fixing machinery of the International Air Transport Association. The tariffs so agreed shall be subject to the approval of the aeronautical authorities of both Contracting Parties.

3. If the designated airlines can not agree on any of these tariffs, or if for some other reason a tariff cannot be agreed upon in accordance with the provisions of paragraph 2 of this Article, the aeronautical authorities of the

die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragschließenden Teile zu versuchen, den Tarif durch eine beiderseitige Vereinbarung festzusetzen.

4. Können sich die Luftfahrtbehörden auf die Genehmigung eines ihnen gemäß Absatz 2 dieses Artikels vorgelegten Tarifes oder über die Festsetzung eines Tarifes gemäß Absatz 3 nicht einigen, ist die Meinungsverschiedenheit gemäß den Bestimmungen von Artikel 13 des vorliegenden Abkommens beizulegen.

5. Mit Ausnahme jener Tarife, die unter die Bestimmungen des Absatzes 3 des Artikels 13 des vorliegenden Abkommens fallen, kann kein Tarif in Kraft treten, wenn die Luftfahrtbehörden eines der beiden Vertragschließenden Teile ihn ablehnen.

6. Sobald Tarife gemäß den Bestimmungen dieses Artikels festgesetzt worden sind, bleiben diese Tarife so lange in Kraft, bis gemäß den Bestimmungen dieses Artikels neue Tarife festgesetzt werden.

Artikel 10

Jeder Vertragschließende Teil gewährt dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des anderen Vertragschließenden Teiles das Recht, den im Hoheitsgebiet des ersten Vertragschließenden Teiles erzielten Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben an seine Zentrale/ihre Zentralen zu überweisen. Der Überweisungsmodus muß jedoch den Devisenbestimmungen des Vertragschließenden Teiles, in dessen Hoheitsgebiet die Einnahmen erzielt wurden, entsprechen.

Artikel 11

Die Luftfahrtbehörden eines jeden Vertragschließenden Teiles haben den Luftfahrtbehörden des anderen Vertragschließenden Teiles auf deren Ersuchen periodische und andere statistische Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die billigerweise zum Zwecke der Überprüfung des Beförderungsangebotes, das von dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen des ersten Vertragschließenden Teiles auf den vereinbarten Fluglinien bereitgestellt wird, verlangt werden können. Diese Unterlagen müssen alle Angaben enthalten, die zur Feststellung des Verkehrsaufkommens, das vom namhaft gemachten Fluglinienunternehmen auf den vereinbarten Fluglinien befördert wurde, sowie zur Feststellung der Herkunft und Bestimmungsorte dieses Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 12

Um eine enge Zusammenarbeit in allen Angelegenheiten betreffend die Erfüllung des vorliegenden Abkommens zu gewährleisten, finden regelmäßige und häufige Beratungen zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragschließenden Teile statt.

Contracting Parties shall try to determine the tariff by agreement between themselves.

4. If the aeronautical authorities can not agree on the approval of any tariff submitted to them under paragraph 2 of this Article or on the determination of any tariff under paragraph 3, the dispute shall be settled in accordance with the provisions of Article 13 of the present Agreement.

5. No tariff shall come into force if the aeronautical authorities of either Contracting Party are dissatisfied with it except under the provisions of paragraph 3 of Article 13 of the present Agreement.

6. When tariffs have been established in accordance with the provisions of this Article, these tariffs shall remain in force until new tariffs have been established in accordance with the provisions of this Article.

Article 10

Each Contracting Party grants to the designated airline of the other Contracting Party the right to remit to its/their head office(s) the excess over-expenditure of receipts earned in the territory of the first Contracting Party. The procedure for such remittances, however, shall be in accordance with the foreign exchange regulations of the Contracting Party in the territory of which the revenue accrued.

Article 11

The aeronautical authorities of either Contracting Party shall supply to the aeronautical authorities of the other Contracting Party at their request such periodic or other statements of statistics as may be reasonably required for the purpose of reviewing the capacity provided on the agreed services by the designated airline of the first Contracting Party. Such statements shall include all information required to determine the amount of traffic carried by the designated airline on the agreed services and the origins and destinations of such traffic.

Article 12

There shall be regular and frequent consultation between the aeronautical authorities of the Contracting Parties to ensure close collaboration in all matters affecting the fulfilment of the present Agreement.

Artikel 13

1. Wenn zwischen den Vertragschließenden Teilen eine Meinungsverschiedenheit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens entsteht, bemühen sich die Vertragschließenden Teile in erster Linie, diese auf dem Verhandlungswege beizulegen.

2. Kommen die Vertragschließenden Teile auf dem Verhandlungswege zu keiner Einigung:

- a) können sie vereinbaren, die Meinungsverschiedenheit einem im beiderseitigen Einverständnis ernannten Schiedsgericht oder einer anderen Person oder Stelle zur Entscheidung vorzulegen; oder
- b) wenn sie keine derartige Vereinbarung treffen oder wenn sie zwar vereinbart haben, die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht vorzulegen, aber zu keiner Einigung bezüglich der Zusammensetzung des Schiedsgerichtes kommen, kann jeder der beiden Vertragschließenden Teile die Meinungsverschiedenheit jedem für eine solche Entscheidung zuständigen Schiedsgericht, welches gemäß der vorliegenden Bestimmung innerhalb der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation geschaffen werden könnte, oder, wenn es kein solches Schiedsgericht gibt, dem Rat der genannten Organisation zur Entscheidung vorlegen.

3. Die Vertragschließenden Teile verpflichten sich, jede nach Absatz 2 dieses Artikels ergangene Entscheidung zu befolgen.

4. Wenn und so lange es einer der beiden Vertragschließenden Teile oder ein namhaft gemachtes Fluglinienunternehmen eines Vertragschließenden Teiles verabsäumt, eine nach Absatz 2 dieses Artikels ergangene Entscheidung zu befolgen, kann der andere Vertragschließende Teil alle Rechte oder Privilegien, die er auf Grund des vorliegenden Abkommens dem säumigen Vertragschließenden Teil oder dem namhaft gemachten Fluglinienunternehmen dieses Vertragschließenden Teiles oder dem säumigen namhaft gemachten Fluglinienunternehmen gewährt hat, einschränken, vorenthalten oder widerrufen.

Artikel 14

1. Wenn einer der Vertragschließenden Teile es für wünschenswert hält, eine Bestimmung des vorliegenden Abkommens abzuändern, kann er um Beratung mit dem anderen Vertragschließenden Teil ersuchen; diese Beratung, die zwischen den Luftfahrtbehörden stattfinden und mündlich oder schriftlich geführt werden kann, hat innerhalb eines Zeitraumes von sechzig (60) Tagen nach dem Zeitpunkt des Ersuchens zu beginnen. Eine auf diese Weise vereinbarte Abände-

Article 13

1. If any dispute arises between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of the present Agreement, the Contracting Parties shall in the first place endeavour to settle it by negotiation between themselves.

2. If the Contracting Parties fail to reach a settlement by negotiation:

- (a) they may agree to refer the dispute for decision to an arbitral tribunal appointed by agreement between them or to some other person or body; or
- (b) if they do not so agree or if, having agreed to refer the dispute to an arbitral tribunal, they can not reach agreement as to its composition, either Contracting Party may submit the dispute for decision to any tribunal competent to decide it which may hereafter be established within the International Civil Aviation Organisation, or if there is no such tribunal to the Council of the said Organisation.

3. The Contracting Parties undertake to comply with any decision given under paragraph 2 of this Article.

4. If and so long as either Contracting Party or a designated airline or either Contracting Party fails to comply with a decision given under paragraph 2 of this Article, the other Contracting Party may limit, withhold or revoke any rights or privileges which it has granted by virtue of the present Agreement to the Contracting Party in default or to the designated airline of that Contracting Party or to the designated airline in default.

Article 14

1. If either of the Contracting Parties considers it desirable to modify any provisions of the present Agreement, it may request consultation with the other Contracting Party; such consultation, which may be between the aeronautical authorities and which may be through discussion or by correspondence, shall begin within a period of sixty (60) days of the date of request. Any modifications so agreed shall come into force sixty (60) days after they have

zung tritt sechzig (60) Tage nach ihrer Bestätigung durch diplomatischen Notenwechsel in Kraft.

2. Abänderungen des Flugstreckenplanes werden von den Luftfahrtbehörden der Vertragsschließenden Teile vereinbart und treten sechzig (60) Tage nach dem Tage des diplomatischen Notenwechsels in Kraft.

3. Tritt ein allgemeines multilaterales Abkommen über den Luftverkehr in Kraft, an das beide Vertragsschließenden Teile gebunden sind, wird das vorliegende Abkommen so geändert, daß es den Bestimmungen eines solchen Abkommens entspricht.

Artikel 15

Jeder Vertragsschließende Teil kann dem anderen Vertragsschließenden Teil jederzeit seinen Wunsch bekanntgeben, das vorliegende Abkommen zu kündigen; diese Mitteilung ist gleichzeitig der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zur Kenntnis zu bringen. In einem solchen Fall läuft das Abkommen zwölf (12) Monate nach dem Zeitpunkt des Empfanges der Mitteilung durch den anderen Vertragsschließenden Teil ab, sofern die Kündigung nicht vor Ablauf dieses Zeitraumes einvernehmlich zurückgezogen wird. Wenn keine Empfangsbestätigung durch den anderen Vertragsschließenden Teil erfolgt, gilt die Kündigung vierzehn (14) Tage nach ihrem Empfang durch die Internationale Zivilluftfahrtorganisation als eingegangen.

Artikel 16

Das vorliegende Abkommen und jeder Notenwechsel gemäß Artikel 14 wird bei der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation registriert. Das vorliegende Abkommen tritt sechzig (60) Tage nach dem Zeitpunkt seiner Unterzeichnung in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die unterfertigten Bevollmächtigten, von ihren Regierungen hierzu ordnungsgemäß ermächtigt, das vorliegende Abkommen unterzeichnet.

Geschehen am 8. August 1978 zu Singapur in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Karl Peterlik

Österreichischer Botschafter

Für die Regierung der Republik Singapur:

Tan Kwang Hung

Direktor der Zivilluftfahrtsbehörde

been confirmed by an exchange of diplomatic notes.

2. Modifications to the Schedule shall be agreed between the aeronautical authorities of the Contracting Parties and shall come into force sixty (60) days after the date of an exchange of diplomatic notes.

3. If a general multilateral agreement concerning air transport comes into force in respect of both Contracting Parties, this Agreement shall be amended so as to conform with the provisions of that Agreement.

Article 15

Either Contracting Party may at any time give notice to the other if it desires to terminate the present Agreement. Such notice shall be simultaneously communicated to the International Civil Aviation Organisation. If such notice is given, the present Agreement shall terminate twelve months after the date of receipt of the notice by the other Contracting Party, unless the notice to terminate is withdrawn by agreement before the expiry of this period. In the absence of acknowledgement of receipt by the other Contracting Party, notice shall be deemed to have been received fourteen days after the receipt of the notice by the International Civil Aviation Organisation.

Article 16

The present Agreement and any Exchange of Notes in accordance with Article 14 shall be registered with the International Civil Aviation Organisation.

The present Agreement shall come into force sixty (60) days after the date of signature.

In witness whereof the undersigned plenipotentiaries, being duly authorised thereto by their respective Governments, have signed the present Agreement.

Done this 8th day of August, 1978 at Singapore in the German and the English languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal Government:

Dr. Karl Peterlik

Ambassador of Austria

For the Government of the Republic of Singapore:

Tan Kwang Hung

Director of Civil Aviation

ANHANG

FLUGSTRECKENPLAN I

Vom namhaft gemachten Fluglinienunternehmen der Österreichischen Bundesregierung zu betreibende Flugstrecke:

Ausgangspunkte:	Zwischenpunkte:	Punkte in Singapur:	Punkte darüber hinaus:
Wien	2 Punkte in Europa 2 Punkte im Nahen Osten 2 Punkte in Asien	Singapur	Sydney oder Djakarta

FLUGSTRECKENPLAN II

Vom namhaft gemachten Fluglinienunternehmen von Singapur zu betreibende Flugstrecke:

Ausgangspunkte:	Zwischenpunkte:	Punkte in Österreich:	Punkte darüber hinaus:
Singapur	2 Punkte in Asien 2 Punkte im Nahen Osten 2 Punkte in Europa	Wien	3 Punkte in Europa

- Anmerkungen: (i) Dem jeweils namhaft gemachten Fluglinienunternehmen steht es frei, einen oder mehrere der Punkte auf den in den Flugstreckenplänen I und II des Anhanges festgelegten Flugstrecken bei einem oder allen Flügen auszulassen, vorausgesetzt, daß diese Flüge im Hoheitsgebiet des Vertragschließenden Teiles, der das Fluglinienunternehmen namhaft gemacht hat, ihren Ausgang nehmen.
- (ii) Das namhaft gemachte Fluglinienunternehmen jedes Vertragschließenden Teiles hat das Recht, seine Fluglinien im Hoheitsgebiet des anderen Vertragschließenden Teiles zu beenden.

ANNEX

SCHEDULE I

Route to be operated by the designated airline of the Austrian Federal Government:

Points of Departure:	Intermediate Points:	Points in Singapore:	Points Beyond:
Vienna	2 points in Europe	Singapore	Sydney or Jakarta
	2 points in Near and Middle East		
	2 points in Asia		

SCHEDULE II

Route to be operated by the designated airline of Singapore:

Points of Departure:	Intermediate Points:	Points in Austria:	Points Beyond:
Singapore	2 points in Asia	Vienna	3 points in Europe
	2 points in Near and Middle East		
	2 points in Europe		

- Notes: (i) Any or some of the points on the specified routes in Schedules I and II of the Annex may at the option of the respective designated airline be omitted on any or all flights, provided that these flights originate in the territory of the Contracting Party designating the airline.
- (ii) The designated airline of either Contracting Party shall have the right to terminate its services in the territory of the other Contracting Party.

Das vorstehende Abkommen tritt gemäß seinem Art. 16 am 7. Oktober 1978 in Kraft.

Kreisky

505.

Notenwechsel vom 24. August 1978 über die Errichtung vorgeschobener österreichischer Grenzdienststellen am Grenzübergang Simbach-Innbrücke

AUSWÄRTIGES AMT
510-511.13/3 OST

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Österreichischen Botschaft mitzuteilen, daß die für die Grenzabfertigung zuständigen obersten Bundesbehörden der Bundesrepublik Deutschland in Ausführung von Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. September 1955 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr *) folgende Vereinbarungen über die Errichtung vorgeschobener österreichischer Grenzdienststellen am Grenzübergang Simbach-Innbrücke vorschlagen:

Artikel 1

Am Grenzübergang Simbach-Innbrücke werden auf deutschem Gebiet vorgeschobene österreichische Grenzdienststellen errichtet.

Artikel 2

Der örtliche Bereich im Sinne des Artikels 4 Absatz 3 des Abkommens vom 14. September 1955 umfaßt

- a) die von den Bediensteten beider Staaten gemeinsam benützten Flächen, Anlagen und Räume, und zwar
 - die Innbrücke von der gemeinsamen Grenze bis zur Innstraße;
 - die Innstraße einschließlich der Gehsteige von der Innbrücke bis zur Einmündung der Gartenstraße;
 - den Hochwasserdamm zu beiden Seiten der Innstraße jeweils bis zu den Gabelungen des Dammweges;
 - die zu den Gebäuden Innstraße Nr. 46 und 48 gehörenden Grundstücke sowie den Zufahrtsweg von der Innstraße zum Hof des Hauses Innstraße Nr. 46;
 - die beiden Abfertigungskioske auf dem Hochwasserdamm;
 - den Untersuchungsraum im Kellergeschoß des Gebäudes Innstraße Nr. 48;
 - den Gemeinschaftsraum (Unterrichtsraum) im Kellergeschoß des Gebäudes Innstraße Nr. 46;

— die sanitären Anlagen und alle Verbindungswege in den Erd- und Kellergeschoßen der Gebäude Innstraße Nr. 46 und 48 sowie im 1. Obergeschoß des Gebäudes Innstraße Nr. 48;

b) die den österreichischen Bediensteten zur alleinigen Benützung überlassenen Räume, und zwar

— das gesamte Erdgeschoß des Gebäudes Innstraße Nr. 46 ausgenommen den gemeinsam benützten Flur;

— im Gebäude Innstraße Nr. 48 im 1. Obergeschoß die in der Westhälfte gelegenen fünf Räume mit dem dazugehörigen Flur, im Erdgeschoß den Raum rechts neben dem Eingang und den Raum neben der Kellertreppe sowie im Kellergeschoß die beiden Räume unter der Toilette und unter dem Hausgang.

Artikel 3

Mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung tritt die Vereinbarung vom 12. Juni 1974 über die Errichtung vorgeschobener österreichischer Grenzdienststellen am Grenzübergang Simbach-Innbrücke **) außer Kraft.

Das Auswärtige Amt beehrt sich vorzuschlagen, daß durch den Austausch dieser Verbalnote und der Antwortnote der Österreichischen Botschaft die vorstehende Regelung eine Vereinbarung im Sinne des Artikels 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. September 1955 bildet, die am 1. November 1978 in Kraft tritt und die auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten je auf den ersten Tag eines Monats gekündigt werden kann.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Österreichische Botschaft erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 24. August 1978

L. S.

An die
Österreichische Botschaft

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT
Zl. 112.05/28-A/78

Verbalnote

Die Österreichische Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt den Empfang seiner Verbalnote vom 24. August 1978, 510-511.13/3 OST, zu bestätigen, deren Text wie folgt lautet:

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 240/1957

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 341/1974

„Das Auswärtige Amt ... (es folgt der weitere Text der deutschen Eröffnungsnote) ... versichern.“

Die Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß die Österreichische Bundesregierung damit einverstanden ist, daß die vorgeschlagene Regelung durch den Austausch der Verbalnote des Auswärtigen Amtes und dieser Antwortnote eine Vereinbarung im Sinne des Artikels 1 Absatz 3 des Abkommens vom 14. September 1955 bildet, die am 1. November 1978 in Kraft tritt und die auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten je auf den ersten Tag eines Monats gekündigt werden kann.

Die Österreichische Botschaft benützt gerne auch diesen Anlaß, dem Auswärtigen Amt den Ausdruck ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Bonn, am 24. August 1978

L. S.

An das
Auswärtige Amt
53 Bonn — 1

Kreisky

506.

Der Nationalrat hat beschlossen:

1. Die Abgabe der nachstehenden Erklärung wird genehmigt.
2. Der Staatsvertrag ist im Sinne des Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen.

D e c l a r a t i o n in accordance with paragraph 1 of article 4 of the Convention (No. 102) concerning minimum standards of Social Security	D é c l a r a t i o n conformément au paragraphe 1 de l'article 4 de la Convention (No. 102) concernant la norme minimum de la sécurité sociale	(Übersetzung) E r k l ä r u n g gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Übereinkommens (Nr. 102) über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit *)
In accordance with paragraph 1 of article 4 of the Convention concerning minimum standards of Social Security the Republic of Austria declares to accept the obligations of the Convention in respect of its part IV.	Conformément au paragraphe 1 de l'article 4 de la Convention concernant la norme minimum de la sécurité sociale la République d'Autriche déclare l'acceptation des obligations découlant de la Partie IV de la Convention.	Die Republik Österreich erklärt gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Übereinkommens über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit, die Verpflichtungen aus dessen Teil IV zu übernehmen.

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Vizekanzler gegengezeichnete Erklärung wurde am 1. September 1978 hinterlegt; der Teil IV des Übereinkommens ist gemäß seinem Art. 4 Abs. 2 für Österreich am selben Tag in Kraft getreten.

Kreisky

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 33/1970. Der Geltungsbereich des Übereinkommens mit Stand 1. September 1978 ist in BGBl. Nr. 507/1978 kundgemacht.

507. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 10. Oktober 1978 betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens (Nr. 102) über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit

Nach Mitteilungen des Generaldirektors des Internationalen Arbeitsamtes gehörten dem Übereinkommen (Nr. 102) über die Mindestnormen der Sozialen Sicherheit (BGBl. Nr. 33/1970, Kundmachung betreffend die Übernahme der Verpflichtungen aus dem Teil IV des Übereinkommens durch Österreich BGBl. Nr. 506/1978), am 1. September 1978 folgende Staaten an, die angegeben haben, die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen für die nachstehenden Teile zu übernehmen:

Barbados (Teile III, VI, X), Belgien (Teile II bis V und VII—X), Bolivien (Teile II, VII, VIII), Bundesrepublik Deutschland (Teile II, IV, VII und VIII), Costa Rica (Teile II und V—X),

Dänemark (Teile II, IV—VI und IX), Frankreich (Teile II und IV—IX), Griechenland (Teile II—VI und VIII—X), Irland (Teile III, IV und X), Island (Teile V, VII und IX), Israel (Teile V, VI und X), Italien (Teile V, VII und VIII), Japan (Teile III—V), Jugoslawien (Teile II bis V, VIII und X), Libyen (Teile II, IV, VII und VIII), Luxemburg (Teile II—V und VII—X), Mauretanien (Teile V—VII, IX und X), Mexiko (Teile II, III, V, VI und VIII—X), Niederlande (Teile II—IV, VII und VIII), Niger (Teile V bis VIII), Norwegen (Teile II, IV, VI und VII), Österreich (Teile II, IV, VII und VIII), Peru (Teile II, III, V, VIII und IX), Schweden (Teile II, IV, VII und VIII), Schweiz (Teile VI und VII), Senegal (Teile VII und VIII), Türkei (Teile II, III, V, VI und VIII—X), Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland (Teile II—V, VII und X).

Kreisky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten S 467,—, inklusive 8% Umsatzsteuer, für Inlands- und S 557,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von 85 g inklusive 8% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 4,30 inklusive 8% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 5780.002. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 72 61 51—58/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.